

Den Antrag 11 (Veröffentlichung der Arbeiten der Studienkommission für die Agrarfrage) begründet **Wernke-Breslau**: Pfannkuch hat auf eine Anregung Ragenstein's auf dem Hamburger Parteitage geäußert, die Sache dürfte nicht über's Knie gebrochen werden. Man müsse zur Sammlung und Sichtung des Materials Zeit haben. Jetzt sei wieder ein Jahr vergangen und die Frage nach den Arbeiten der Studienkommission wohl berechtigt. Wenn überhaupt an Studienergebnissen der Agrarkommission nichts oder nicht viel vorhanden sei, so solle hier das auch ausgesprochen werden.

Zur Begründung des Antrages 12 (auf Ausarbeitung eines Agrarprogramms) führt

**David-Mainz** aus: Genosse Zubeil hat neulich gemeint, wir brauchen kein Agrarprogramm. Ich bin aber der Ansicht, daß ein solches Programm nötig ist, um in den Landtagen in agrar-politischen Fragen einheitlich vorgehen zu können. Sind wird nur erst in theoretischen Beziehungen einig, dann wird auch die praktische Agitation leichter werden. Auf die Materie selbst will ich nicht eingehen, wohl aber möchte ich den Redakteuren und Schriftstellern den Rath geben, sich, wenn sie eine Aeußerung über eine Agrarfrage thun, zu überlegen, ob sie damit nicht der praktischen Landagitation Schwierigkeiten bereiten.

Die Diskussion über Antrag 11 wird eröffnet.

**Pfannkuch**: Die Agrarkommission wird wohl noch einige Jahre arbeiten müssen, ehe sie mit ihren Studien fertig ist. Fühlen die Genossen dann noch das Bedürfnis, von dem Ergebnis der Studien Kenntniß zu nehmen, so mögen sie dann einen Antrag stellen. Inzwischen mögen sie ruhig so wie bisher auf dem Lande agitiren, nicht aber derartige Anträge stellen. (Heiterkeit.)

Die Debatte wird geschlossen. Der Antrag 11 wird abgelehnt.

Zu Antrag 12 weist **Baudert-Appolda** auf die Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Ländern hin. Der Antrag sei überflüssig.

**Zubeil** ist der Ansicht, daß die bisherigen Broschüren für die Landagitation nur sehr wenig geeignet sind, man kommt auch ohne Agrarprogramm mit dem allgemeinen sozialdemokratischen Programm auf dem Lande aus. Belasten wir uns nicht mit unnützem Ballast, sondern gehen wir schrittweise vorwärts, dann werden wir auch mit der Zeit die Bauern für uns gewinnen.

**Scheibemann-Gießen** ist gegen den Antrag, und zwar gerade deshalb, weil ihm ein Agrarprogramm oder eine Richtschnur für die Agitation auf dem Lande dringend erwünscht ist. Die Agrarfrage sei aber, wie ihm der jetzige Parteitag beweise, in weiten Arbeiterkreisen noch nicht geklärt, und es könnte nichts Schlimmeres für die Agitation geben, als wenn wir ein zweites Breslau erleben müßten. Man würde uns auf dem Lande sagen, wir wollten nichts für die Landproletarier thun, während seither in Wahrheit ein Agrarprogramm deshalb nicht zu Stande kam, weil wir den Kleinbauern keine Versprechungen machen wollten, von denen wir nicht bestimmt wüßten, ob wir sie halten könnten und ob ihre Verwirklichung auch den Kleinen auf dem Lande nützen würde. Es falle ihm schwer, gegen den Antrag zu sprechen. Er sei überzeugt, daß Diejenigen, welche jetzt noch auf dem hohen Ross sitzen, dereinst selbst ein Agrarprogramm verlangen würden. Keiner von uns denkt daran, „Revolution zu machen“. Aber wir wollen und müssen doch die politische Macht erobern. Das sei aber nur dann möglich, wenn wir die Mehrheit der Bevölkerung für uns gewinnen. Diese Mehrheit können wir jedoch nur dann erlangen, wenn wir auch die Kleinen Bauern und die Landarbeiter gewinnen. Die Industriearbeiter allein bilden keine Mehrheit.

Die Diskussion wird geschlossen.

Persönlich bemerkt **David**, daß er die Bearbeitung der Fragebogen aus Süddeutschland schon vor einem Jahre nach Berlin gesandt habe und dem

Vorstand anheimgegeben habe, ob er die Drucklegung angesichts der großen Unkosten veranlassen wolle.

**Pfannkuch**: Es hat mir fern gelegen, dem Genossen David oder einem anderen Mitgliede der Agrarkommission einen Vorschlag zu machen. Glaubt David das nötig zu haben, so will ich erklären, daß er außerordentlich Mühe, Zeit und Fleiß auf die ihm überwiesenen Arbeiten verwendet hat. (Sehr richtig.) Das Anerkenntniß darf man ihm nicht verlagen.

Hierauf wird Antrag 12 abgelehnt.

Damit sind die Anträge zur Taktik erledigt.

Schluß der Sitzung.

## Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 6. Oktober. — Vormittags-Sitzung.

9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr. Den Vorsitz führt **Rios**.

Zur Verhandlung steht Punkt 6 der Tagesordnung: **Bergarbeiterschuz.**

**Berichterstatter Sachsse-Zwickau**: Die Organisation der Bergarbeiter ist noch schwach, die sächsischen Berg- und Hüttenleute sind zu allererst in die Organisation eingetreten. In den 70er Jahren ist allerdings bereits ein Versuch dazu gemacht worden, aber es war damals nur ein Strohfeuer. Auch seit 1890 ist die Organisation wieder sehr zusammengeschrumpft. Daß sie da nicht eine grobe Macht zur Erringung eines Arbeiterschuzes entfalten konnte, ist naheliegend. Unsere Forderungen wurden im sächsischen Landtage zum größten Theil zurückgewiesen, mit der Begründung, daß Sachsen nicht allein den Bergarbeiterschuz einführen könne, weil seine Kohlenbergwerke dann Konkurrenzunfähig werden würden. Seit dieser Zeit haben wir auf allen Kongressen dahin gewirkt, daß in allen Bundesstaaten dem Bergarbeiterschuz mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird und daß namentlich die großen Unglücksfälle besprochen werden. Leider beweist die Unglücksstatistik, daß die Zahl der Unglücksfälle nicht wie in anderen Betrieben zurückgegangen, sondern gestiegen ist. Es liegt auf der Hand, daß es notwendig ist, eine schärfere Inspektion und einen besseren Arbeiterschuz anzuwenden, um die Zahl der Unglücksfälle zu vermindern. Die Vorschriften an und für sich sind ja gut, aber mit der Befolgung derselben steht es anders. Da liegt der Hase im Pfeffer. Darauf müssen wir unsere Aufmerksamkeit lenken. Vor Jahren ging die Behauptung immer wieder durch die Presse, daß die meisten Unfälle Montags stattfinden. Man wollte damit sagen, daß der Kater vom Sonntag die Unfälle verschulde. Diese Behauptung ist eine lächerliche. Die Statistik der Knappschaftsgenossenschaften hat sie widerlegt. Mit der ständigen Steigerung der Zahl der Unfälle wird auch die Nothwendigkeit immer größer, für Bergarbeiterschuz zu sorgen. Aber weder die Regierung noch die maßgebenden Arbeitgeber haben bisher für eine bessere Inspektion gesorgt. Die jetzigen Vorschriften mögen ja in vielen Bezirken genügen, aber die Revisionen reichen nicht aus, dazu ist die Zahl der Beamten viel zu gering. Man kann doch zum mindesten verlangen, daß jedes Werk vierteljährlich mindestens einmal revidirt wird, eine monatliche Revision wäre sicher auch nicht zu viel. Wir fordern aber außerdem, daß man mit der Kontrolle auch Bergarbeiter betraut, die ständig auf dem Werke sind und wenn nötig jeden Tag inspiziren können. Es ist eine nicht wegzustreitende Thatsache, daß bei den Revisionen jetzt sehr häufig Betrügereien vorkommen. So sind auf unserem Kongreß Fälle mit Thatsachen belegt worden, wonach gefährliche Orte im Betriebe einfach verschlagen wurden. Wenn der Revisionsbeamte kam, dann mußte sich der Beamte etwas weiß machen lassen, da er die Betriebsorte nicht kennt. Bei Arbeiterinspektoren wäre

das unmöglich. Ein weiterer Uebelstand ist die vorherige Anmeldung der Revision. Da ist es dann kein Wunder, wenn keine Verstöße gegen die bergpolizeilichen Vorschriften gefunden werden. Die Leiter der Bergwerke und die Beamten haben häufig dieselbe Bergakademie besucht, daraus resultieren Beziehungen, die der strengen Berginspektion nicht förderlich sind. Kein Arbeiter kann sich bei der Berginspektion beschweren, ohne daß es zur Kenntniß der Bergwerksleitung kommt. Er hat dann seine Entlassung zu gewärtigen. Nur ein Beispiel dafür: Ein Arbeiter brachte seine Beschwerden in der Berginspektion vor und beschrieb die Gefährlichkeit der Strecke. Statt sich zu überzeugen, ob die Schilderung auf Wahrheit beruhe und eventuelle Abhilfe zu schaffen, wurde dem Arbeiter erwidert: Er sei zu ängstlich und eigne sich nicht zum Grubenarbeiter, sondern nur zum Tagelöhner. Damit waren Lohnreduktionen verbunden, die sich der Arbeiter nicht gefallen ließ; er beschwerte sich darüber und wurde entlassen. Ähnliche Fälle ereignen sich sehr häufig. Wenn derartige Sachen vorkommen, dann ist es klar, daß die Vorschriften nur auf dem Papiere stehen. Nun ist die Frage, ob die Bergbau-Industrie in der Lage ist, größere Lasten zu tragen, um eine Mehrausgabe für den Schutz ihrer schwer geplagten Lohnslaven zu leisten. Die „Rölnische Ztg.“ hat kürzlich selbst dargelegt, daß die Dividenden sich seit 1885 im Durchschnitt verdoppelt haben, von 5 $\frac{1}{2}$  auf 11 pCt. im Jahre 1897. In diesem Jahre sind die Ueberschüsse noch viel größer als in dem schon sehr günstigen vorigen Jahre. Es liegt also nur an dem guten Willen der Bergbau-Industrie. Die preussische Regierung hat eine Kommission nach England geschickt zum Studium der dortigen Verhältnisse. Die Kommission ist zurückgekehrt, die Ergebnisse ihrer Studien sind noch nicht bekannt. Aber schon die bloße Verlautbarung der Ansicht, daß eine Zuziehung der Arbeiter zur Herbeiführung einer besseren Kontrolle nötig sei, hat wie eine Bombe bei den Bergbau-Industriellen eingeschlagen. Sie fernen ja die Eingabe derselben an die preussische Regierung und die Gründe, die sie angeführt haben. Es wurden Bedenken politischer Art geltend gemacht und darauf hingewiesen, daß bei Wahlen die Massen aufgereizt, unzufrieden gemacht und der Sozialdemokratie zugeführt werden könnten. Wir haben auf unseren Kongressen bereits die Nothwendigkeit einer Reform des Bergarbeitereschutzes von Reichswegen, die Nothwendigkeit eines einheitlichen deutschen Reichs-Berggesetzes betont und die Regelung des Knappschaftswesens gefordert, aber bisher ohne Erfolg.

Es bleibt mir nur noch übrig, auf die von uns beantragte Resolution 108 näher einzugehen. Wir fordern in der Resolution zunächst eine achtstündige Maximalschicht. In den allermeisten Kohlenrevieren ist dieselbe länger, ja in einer Anzahl müssen die Woche sieben Schichten gethan werden, und so kommen statt der nominellen acht- und zehnstündigen in Wirklichkeit zwölf- und vierzehnstündige Schichten heraus. Da wird einfach von oben dekretirt: jetzt geht das Kohlengeschäft gut, jetzt muß Weichheit gemacht werden. Da heißt es, die Leute, die in großer Hitze arbeiten müssen, ruhen ja inzwischen aus, arbeiten mit Pausen und so rebuzirt sich die Arbeitszeit. Es muß aber darauf gedrungen werden, daß im Interesse der Gesundheit und des Lebens dieser Arbeiter strenge eine sechsstündige Schicht eingehalten werde. Ferner verlangen wir die Abschaffung des Akkordes, des Gebingehsystems, eines Morbdsystems im wahren Sinne des Wortes. Daneben besteht auf manchen Bergwerken noch ein Lantienensystem. Die Beamten erhalten Prämien und die Arbeiter, die möglichst viel schaffen. Daher kommt es, daß die Unfallziffern in Deutschland beständig steigen. Nun wird gesagt, ja, in anderen Ländern gehen die Unfallziffern zurück und es besteht dort doch auch im Bergbau das Akkordsystem. Aber in diesen Ländern, wie in England und Frankreich, besteht die Arbeiter-Inspektion im Bergbau. Wir sind überzeugt, daß diese ganz gut durchzuführen ist und daß unsere Forderung

durchgeführt werden muß im Interesse von Leben und Gesundheit der Arbeiter. Die Kosten würden sich für ganz Deutschland nur auf 1 $\frac{1}{2}$  Millionen belaufen. Unsere weiteren Forderungen sind die Anstellung von dafür vorgebildeten Wetterbeamten für mit Schlagwettergasen behaftete Grubenräume und die Errichtung von zwecksprechenden Waschräumen und Mannschaftsstuben. Von einer Aenderung des Knappschaftswesens, die ebenfalls nötig ist und die unser Freund Hué verlangt, steht in der Resolution nichts, weil wir es ja hier nur mit dem Bergarbeitereschutz zu thun haben. Die Knappschaftskassen, die neben der Alters- und Invalidenversicherung dem Bergarbeiter eine Zuschußrente geben sollen, erfordern hohe Beiträge, die oft mehr als eine Mark betragen. Wenn ein Arbeiter nun aus seinem Revier ausscheidet, verliert er jeden Anspruch an die Kasse. Wir verlangen daher, daß ihm in diesem Falle seine gezahlten Beiträge zurückgezahlt werden. Ich lasse mich auf weitere Einzelheiten nicht ein. Nehmen Sie unsere Resolution, die die Reichstagsfraktion veranlassen will, mit aller Energie für ein einheitliches deutsches Berggesetz und einen wirksameren Bergarbeitereschutz einzutreten, einstimmig an. (Lebhafte Beifall.)

Zur Geschäftsordnung beantragt Agiter, der Resolution ohne Debatte zuzustimmen.

Nebel widerspricht diesem Vorschlage. Die Frage ist von so außerordentlicher Wichtigkeit, daß der Partentag geradezu verpflichtet ist, eingehend darüber zu debattiren. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Antrag Agiter wird abgelehnt.

Schmidt-Gillen bringt die Wünsche der Bergarbeiter im Ruhrrevier vor, die darin gipfeln, daß die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags mit allen Mitteln dahin wirken möge, daß ein allgemeines Reichs-Berggesetz zu Stande komme. Schon in Folge der vielen Massenverunglückungen muß die Berginspektion eine Erweiterung erfahren, und zwar müssen praktische Bergarbeiter als Unterinspektoren von ihren Kollegen durch geheime Wahl gewählt und vom Staate angestellt und besoldet werden. Der Minister Briesel hat ja selbst im preussischen Abgeordnetenhaus zugegeben, daß die Berginspektion einer Reform bedarf und daß ein der Neuzeit entsprechender Apparat zur Grubeninspektion herangezogen werden soll, aber die Bergarbeiter hoffen wenig oder gar nichts vom Abgeordnetenhaus. Das Schicksal der Bergnovelle vom Jahre 1892 hat ja zur Genüge bewiesen, daß sich die Mitglieder des preussischen Landtages auf das allernothwendigste beschränken. Und jetzt haben die Bergwerksbesitzer und Grubenbarone schon wieder einen Vorstoß gegen diesen seitens des Ministers geplanten Aufsichtsapparat unternommen. Ähnlich steht es in Sachsen. Alle Forderungen der Bergarbeiter, die achtschündige Schichtzeit, das Verbot der Gebingsarbeit, eine Reform des Berggesetzes, sind vom Landtage abgewiesen worden. Hinsichtlich der Verwetterung der Gruben verlangen die Bergleute die Zuführung guter Luft und die Anwendung aller zu Gebote stehenden technischen Mittel für diesen Zweck. Weiter sind die Wettermessungen 3 bis 5 Meter von Ort zu Ort vorzunehmen, um festzustellen, wieviel frische Luft dem Bergmann in Wirklichkeit zugeführt wird. Bei der ganzen Reform muß man immer den Gesichtspunkt im Auge behalten, daß die Regelung nicht auf dem Wege der Landesgesetzgebung, sondern von Reich wegen zu erfolgen habe. Seit lange hegen die Bergarbeiter den Wunsch, die sämmtlichen Knappschaftskassen des Deutschen Reiches zu einer einzigen umfassenden Kasse zu verschmelzen, damit wäre die Erfindungsfähigkeit dieser Kassen gesichert, ihre Leistungsfähigkeit würde erhöht und mancherlei Schädigungen der Bergarbeiter beim Verziehen aus einem Knappschaftsbezirk in den anderen würde vermieden. Den größten Unwillen der Bergarbeiter erregt der § 90 des Bochumer Knappschafts-Statuts, wonach den Knappschaftsmitgliedern die Reichsrente auf die Knappschaftspension aufgerechnet wird. Den Bergarbeitern ist der höhere Beitrag für die Knappschafts-

lasse auferlegt, aber für die höheren Pflichten erfolgt keine Gegenleistung. Wird gegen dies System von den Bergarbeitern entschiedene Front gemacht, so treten Maßregelungen ein. Und steht ein Bergarbeiter einmal auf der schwarzen Liste, dann findet er nirgends mehr Beschäftigung und geht der Rechte verlustig, die er durch Beitragszahlung an die Knappschaftskasse erworben hat. Ich könnte Ihnen noch sehr trübe Bilder aus dem Ruhrrevier vorführen. Es sind auf einer Anzahl Zechen so zahlreiche und große Mißstände eingerissen, daß es unmöglich ist, mit dem bisherigen Inspektionsapparat weiter zu hantieren. Wir müssen eine untere Inspektion hinzubekommen, um unsere Wünsche vortragen zu können. Während meiner ganzen Arbeitszeit habe ich noch nichts von einer Inspektion zu sehen bekommen. Geht man und beschwert sich über einen Mißstand, so gilt man für einen Mörzler, bekommt schlechte Arbeit, Gebinge-Abzug, wird entlassen, kommt auf die schwarze Liste und läuft dann wie ein räudiges Schaf vergebens von einer Grube zur anderen. So ist es mir gegangen. Nehmen Sie sich der Bergarbeiter an. „Wer Du auch seist, gib Ehr dem Bergmannsstand!“ (Lebhafter Beifall.)

**Horn-Niederhalslav:** Wir legen auf die Besprechung der Mißstände im Bergbau hier großen Werth. Die Bewegung der Bergarbeiter selber wird zu unterdrücken gesucht. Die Maßregelungen beim Bergbau treffen die Arbeiter viel schwerer als in anderen Betrieben, weil die Bergarbeiter so isolirt dastehen mit ihrem Kassenwesen. Da kommen in der Organisation leicht Rückschläge vor. Hoffentlich bringen die Verhandlungen hier einen neuen Aufschwung. Der Redner zählt die Maßnahmen auf, die gegen die sächsische Bergarbeiters-Organisation im Laufe der Jahre getroffen worden sind. Als wir zuerst die Mißstände im Bergbau aufdeckten, leugnete die offizielle Presse Alles ab. Ein praktischer Arbeiter weiß sich bei Unfällen häufig rascher zu orientiren als ein höherer Beamter. In den Einzelanträgen ist es kaum möglich, über diese Sachen zu reden. Uns in Sachsen ließ das Kammerpräsidium nicht einmal die Forderung vertreten, daß die sächsische Regierung im Bundesrath für den Erlaß eines einheitlichen Berggesetzes eintreten solle. Ist ein großes Unglück passiert, dann wird in der Presse für die Hinterbliebenen gesammelt. Für diese Summen könnte durch Unfallversicherung viel mehr geschehen. Nehmen Sie unsere Resolution einstimmig an. (Beifall.)

**Morawski-Berlin:** Kurz vor dem großen Unglück in der Kleophasgrube kamen viele Zuschriften an die „Gazeta Robotnicza“, die sich darüber beschwerten, daß die Leitern oben und unten zu zwei und drei fortgenommen würden, um die Arbeiter am sofortigen Verlassen der Arbeit zu verhindern, wenn sie beendet wäre. Die Arbeiter würden sich im Falle eines Unglücks nicht sofort retten können. Unser Blatt veröffentlichte den Bericht. Der Redakteur erhielt eine Anklage wegen Verleumdung und wurde zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt. Während er saß, geschah das furchtbare Unglück auf der Kleophasgrube, das 114 Bergleute fortgerafft hatte, da schrieben bürgerliche Zeitungen, ein Drittel der Verunglückten hätte sich retten können, wenn die Leitern dagewesen wären (Hört! hört!) Nachträglich wurde von Oben in Erinnerung gebracht, daß die Leitern nicht fortgenommen werden dürfen. Ich habe aber, als ich jetzt in Oberschlesien war, von den Arbeitern erfahren, daß der alte Schlandriener weitergeht. Die Leitern sind an vielen Stellen wieder nicht da. Hier ist eine Arbeitskontrolle von Seiten der Bergleute notwendig. Ein zweiter wunder Punkt ist die Vertrauensarztfrage. Auf die Atteste der Privatärzte wird, wenn es sich um den Anspruch auf eine Rente handelt, nichts gegeben, maßgebend sind allein die Vertrauensärzte der Grubenverwaltung, ein Uebelstand, der schwer empfunden wird und die trassesten Fälle zeitigt.

Ein Schlußantrag wird gegen wenige Stimmen abgelehnt.

**Dr. Winter-Beuthen:** Die Anträge auf Schluß der Diskussion scheinen zwar zu beweisen, daß die vorliegende Frage des Bergarbeiterschutzes genügend geklärt sei; auch ist die einstimmige Annahme der Ihnen vorgelegten Resolution nöthig sicher. Trotzdem ist es noch nöthig zu zeigen, in wie hohem Grade ein Bergarbeiterschutz notwendig ist. Die Wichtigkeit der Bergarbeiterfrage beruht in der Wichtigkeit der Montanindustrie, von ihr hängen alle anderen Industriezweige ab. Gelingt es uns, die hunderttausende deutscher Bergarbeiter auf ein höheres Niveau zu bringen, denn das beabsichtigen wir doch mit dem geforderten Bergarbeiterschutz, dann haben wir die gesammte deutsche Arbeiterbewegung ganz bedeutend gefördert. Hierin liegt die große politische Bedeutung der Bergarbeiterfrage. Leider kann ich hier nicht die vorliegende Frage noch weiter von diesem Gesichtspunkte aus betrachten, sondern muß mich auf die Ausführung von Thatsachen beschränken, um wieder einmal einen Lichtstrahl auf das in doppelter Beziehung schwarze Oberschlesien fallen zu lassen. Es ist das besonders deshalb nöthig, weil es gerade jetzt in Oberschlesien selbst zu tagen beginnt. Die Unfallzahlen sind in Oberschlesien, obwohl wir dort keine schlagenden Wetter haben, ganz besonders hoch. Sie hören meist nur von den Massenverunglückungen und ich brauche Sie in dieser Beziehung nur an die Namen Schwientochlowitz, Kleophasgrube, Vorsig, Orzegow, Koszbie u. dgl. zu erinnern, aber von den täglich, ja stündlich sich ereignenden Unfällen hören Sie nichts. In den vier Jahren von 1893 bis 1896 wurden ca. 83 000 Unfälle in der ober-schlesischen Montanindustrie gezählt, jeder zehnte Mann kommt jetzt jährlich einmal „dran“. Die Zahl der zu Tode Verunglückten ist bis auf 264 im Jahre 1896 gestiegen. Es war interessant zu sehen, daß die höchsten Unfallzahlen in einem der Privatregalbezirke erreicht wurden, die ja noch ein ganz besonderes Kennzeichen Oberschlesiens sind. Die steigende Höhe der Unfallzahlen beweist mit aller nur wünschenswerthen Deutlichkeit die Nothwendigkeit neuer scharfer Maßregeln zum Schutze der Arbeiter. Besonders schlimm steht es auch mit dem ober-schlesischen Knappschaftswesen. Gerade jetzt ist eine Bewegung zu Gunsten einer Verbesserung des Knappschaftsstatus im Gange. Jetzt haben die Werkbesitzer alle Rechte, die Arbeiter alle Pflichten. Durch die Schaffung einer ausgedehnten Organisation, die den zu wählenden und die Arbeiterinteressen vertretenden Knappschafts-Vertretern einen Rückhalt gewähren soll, soll versucht werden, diesen Mißstand zu beseitigen. Schlimmer noch als mit dem Knappschaftswesen steht es mit den Wertpensionskassen-Einrichtungen, durch die bei den Maßregelungen die Arbeiter zum Theil hunderte von Mark verloren haben, die sie nach und nach in Beiträgen haben zahlen müssen.

Ein wichtiger Grund dafür, daß gerade für Oberschlesien Bergarbeiterschutz nöthig ist, ist die Thatsache, daß die Herren der ober-schlesischen Montanindustrie dieselben Herren sind, die Ihnen als Agrarmagnaten und Junker mit ihrer Leiber noch so großen politischen Bedeutung bekannt sind. Mit dieser Thatsache aber steht die andere in unmittelbarem Zusammenhange, daß gerade Oberschlesien das Land der Privatregalbezirke ist, der Bezirke, in denen es staatsliche Aufsichtsbeamte überhaupt noch nicht giebt und in denen millionenreichen Deuten jährlich neue Millionen als Steuern in die unergründlichen Taschen fließen, ohne einen Finger zu rühren. So bezieht z. B. Herr v. Tiele-Winkler bloß von einer Grube, der traurig berühmten Kleophasgrube, jährlich eine halbe Million Mark. Sogar der Staat, der seinerseits den Grubenherren die Bergabgaben geschenkt hat, muß diesen Privatregalherren die Taschen füllen helfen. Und dabei ist erwiesen, daß theilweise, vielleicht ganz die Bergregal-gerechtigkeiten nichts weniger als „woherworsen“ sind. Trotzdem verstehen sich die ober-schlesischen Regalherren nicht etwa dazu, auf ihre Rechte zu verzichten. Nein, sie wollen sie erweitert haben, wie das einige jetzt noch nicht ererbigte Prozesse beweisen. Ein anderer gerade in Oberschlesien sehr sichtbarer Mißstand

ist die Qualität der dort thätigen Beamten. Berggrath Triebel-Ratibor macht selbst auf diesen Mißstand aufmerksam und muß dabei erwähnen, daß von den Unterbeamten seines Reviers ca. zwei Drittel kaum lesen und schreiben können, dabei aber in so rigoroser Weise mit den Arbeitern umgehen, daß sie sogar in Oberschlesien, wo doch sonst das Brügeln noch Brauch und Mode ist, wegen Mißhandlung und Körperverletzung gerichtlich bestraft werden mußten. (Hört! Hört!) Durch die einstimmige Annahme der vorge schlagenen Resolution werden Sie auch Oberschlesien einen wichtigen Dienst erweisen und die dort so frisch aufblühende Bewegung bedeutend fördern. (Beifall.)

**Thiele-Halle:** Eine unendliche Menge von stillem Leid und Elend ist es, unter denen die Proletarier seufzen, die sich den herzlichsten Gruß „Glück auf“ bieten. Wie Halle liegt das Zeizer und Weiskensfelder Braunkohlenrevier und das Mansfelder Erzgebiet. Im Braunkohlenrevier herrschen dieselben Mißstände, welche von dem Genossen Sachs und Horn schon betreffs der Steinkohlengruben berichtet worden ist. Das Gedinge ist niedrig und wird oft genug noch willkürlich gekürzt. Die Schichtdauer ist lang und wird durch Ueberbürdungen noch mehr ausgebeutet, denn die Revierföhrer sind unzureichend. Als im vergangenen Sommer der Berginspektor seine Ankunft angemeldet hatte, wurde auf einer Grube rasch die sehr wacklige Brücke ausgebessert, und die ausgebesserten Stellen wurden mit Schmutz bestrichen, damit nicht zu sehen war, daß die Reparatur noch neu war. Noch trauriger sind die Verhältnisse im Mansfelder Revier. Hier tritt zu den übrigen Leiden noch ein unerhörter geistiger Zwang. Die Vergleute werden zu unentgeltlichen Dienstleistungen für Beamte herangezogen, sie müssen gehorchen, wenn sie nicht schlechtes Gedinge haben oder ganz abgelegt sein wollen. Von der Mansfelder Gewerkschaft abgelegt zu werden, bedeutet aber für den Gemäßregelten, aus der Heimath getrieben zu werden, da der Gewerkschaft in jener Gegend fast alle größeren industriellen Betriebe gehören. Die Ablegung ist sogar erfolgt lebighch um bezwillen, weil die betreffenden dem Berg- und Hüttenarbeiter-Verbande angehörten. Besonders laute und schmerzliche Klagen werden aus dem Mansfelder Gebiete laut über Rentenquetschung und Rentenverweigerung. Man beschäftigt den Verunglückten nach seiner Wiederherstellung mit leichter Arbeit, und ist die Zeit der Unfallsanmeldung verstrichen, so kann er gehen. Bei den Knappschafstassen ist der Unterschied zwischen den ständigen und nichtständigen Mitgliedern, deren letztere wohl alle Pflichten, aber nur wenige Rechte und fast keinen Einfluß auf die Kasienleitung haben, zu tabeln und zu beseitigen. Werden Mißstände ans Licht gezogen, so ist die Staatsanwaltschaft leicht bei der Hand, sich der Bergwerkwertwaltungen anzunehmen. Wie bequem die Unternehmer in der Lage wären, für erweiterten Bergarbeiterzuschuß Ausgaben zu machen, lehrt das Beispiel der Niebe'schen Montanwerke, die im vergangenen Jahre insgesamt über 3 115 000 Mk. für Arbeitslöhne verausgabten, aber fast 2 800 000 Mk. Ueberzuschuß erzielten. Nehmen wir uns der Gedrücktesten der Gebückten durch Annahme der Resolution an, ziehen wir die verlassenen deutschen Vergleute an die starke Brust der Sozialdemokratie und suchen wir ihnen proletarischen Stolz einzubauen, damit auch sie Hand anlegen zur Besserung ihrer traurigen Lage. (Beifall.)

**Greiner-Ucherleben:** Thiele hat die Verhältnisse sehr zutreffend geschildert. Dem Arbeitern in den Salzwerten muß auch bei der Ausföhrung der Arbeit ein größerer Schutz gewährt werden. Es werden in einer so intensiven Weise in Anspruch genommen, daß man Arbeiter im Alter von über 80 Jahren nicht mehr anlegt. (Hört! hört!) Die Herren in den Bergwerken wissen, daß sie das Mark des 30jährigen Arbeiters bereits so ausgefogen haben, daß seine Arbeit ihnen nicht mehr nutzbringend sein kann. Zeigen Sie den Bergarbeitern, daß Sie gewillt sind, auch ihnen den Kampf um ihre Existenz zu erleichtern. (Beifall.)

**Florin-Zeig:** Der Arbeiterschütz ist für die Bergarbeiter noch viel nötiger als für die übrigen industriellen Arbeiter, da ihre Thätigkeit weit gesundheitschädlicher ist. Der jetzige Schutz reicht keineswegs aus, um den Bergarbeiter vor körperlichem und geistigem Verfall zu schützen. Namentlich ist die Arbeit in Braunkohlen-Bergwerken noch gefährlicher als in Steinkohlen-Bergwerken. Wir in unserem Kreise, wo nur Braunkohle gewonnen wird, haben daher die allermeiste Veranlassung, die Arbeiter vor Schaden zu bewahren, zumal da die Kontrolle bei uns mangelhaft ist. Dazu kommt, daß die Lebenshaltung in Zeig-Weiskensfeld eine solche ist, daß die Arbeiter garnicht im Stande sind, sich genügend zu ernähren. Die Arbeiter kommen herunter, sie haben keine höheren Ideale und sind in Folge dessen leider auch schwer von der Notwendigkeit einer Organisation zu überzeugen. Die Streiks der Bergarbeiter sind so gering, daß das Unternehmertum keine Veranlassung hat, sich darüber besonders zu beschweren. Wir müssen den Bergarbeitern ein menschenwürdiges Dasein bereiten und deshalb bitte ich, die Resolution anzunehmen.

**Knopp-Frankfurt:** Aus dem Kassauer Revier möchte ich noch Einiges hinzufügen, dort werden Löhne von 40 bis 45 Mk. im ganzen Monat verdient. Auf die Schicht kommen da vielfach noch nicht 80 Pf. (Hört! Hört!) In welcher Weise man mit den Arbeitern dort umgeht, ersehen Sie daraus, daß ein Obersteiger dort sagte, er werde für die alten Leute einen Scharfrichter kommen lassen, um sie wegzufegen, da sie doch nichts nütze sind. (Pfuui!) In diesem Bezirke ist das Zentrum maßgebend, hat aber absolut nichts gethan. (Sehr wahr!) Als wir hingekommen sind, wurden wir von den Zentrumsleuten als Hezer und Aufwiegler bezeichnet. Zeigen wir den Bergarbeitern durch die That, daß wir die einzige Partei sind, die ihre Interessen vertritt. (Beifall.)

**Schmitt-München:** „A“ das, was von den Rednern bis jetzt gesprochen, trifft auch auf die oberbayerischen Bergarbeiter zu. Auch ihre Arbeitskraft wird aufs Aeufferste ausgebeutet. Von dem Direktor des oberbayerischen Bergwerks rührt das Wort her: Man muß von den Bergarbeitern das Unmögliche verlangen, um das Mögliche zu erreichen. Auf zwei Monate wurde das Prämienystem eingeföhrt. Die Leute arbeiteten Tag und Nacht. Nachdem so festgestellt war, was aus den Arbeitern herauszuschinden war, wurden die Löhne entsprechend verkürzt. Größere Unfälle sind noch nicht vorgekommen, aber einzelne Verunglückungen kommen beständig vor. Welche Mühe haben diese armen Teufel, um ihre Rente zu erlangen. Einem Bergarbeiter wird das linke Augenlid gelähmt, der Arzt erklärte, daß sei nur ein Schönheitsfehler. (Hört!)

Die Meisten von Ihnen werden gelesen haben, daß die Bergarbeiter sich zu einem Verein zusammengethan haben und daß die Direktion, sobald sie davon Kenntnis erhielt, die organisierten Arbeiter auf die Straße warf. Darunter waren Arbeiter, die 18 Jahre lang beschäftigt waren und sich nichts haben zu schulden kommen lassen. Ich war selbst beim Direktor, um ihn zur Zurücknahme der Verfügung zu bewegen; aber Sie hätten nur sehen sollen, wie er mich behandelte. Ein solcher Zynismus ist mir noch nicht vorgekommen. Meine Vorstellungen nützten nichts und er ließ mich schließlich einfach stehen. Die Arbeiter waren nicht nur brodlos geworden, sondern auch ihre Beiträge zur Knappschafstasse gingen ihnen verloren. Es ist Zeit, daß wir uns dieser Armuten der Armen annehmen und ihre unglückliche Lage lindern. (Beifall.)

**Schrader-Osnabrück:** Wie notwendig eine reichsgesetzliche Regelung der Berggesetzgebung ist, das hat in diesem Sommer recht drastisch der Streik am Riesberge bewiesen. Es handelte sich da um gutgläubige Ratipollen und nicht um Lohnforderungen. Die reine Ausbeutungsmuth des Kapitals wollte den Leuten ihre althergebrachten Feiertage nehmen: Katholische Gesellige, Mitglieder des Zentrums, waren es, die den Kapitalisten hilfsreich an die Hand gingen und ihnen rietben, durch Ueberstunden die Arbeiter die Feiertagslöhnen

einbringen zu lassen. Also Ultramontane wollten die Arbeiter veranlassen, noch mehr als bisher ihre Arbeitskraft anzuspannen. (Hört! hört!) Und als die Arbeiter sich das nicht gefallen ließen und die Arbeit einstellen wollten, und als die Unternehmer nicht genügend Arbeitskräfte von Auswärts heranziehen konnten, da griffen sie zu einem Radikalmittel: sie stellten den Betrieb ein, ließen das Werk verkaufen mit den Hunderttausende an Werth repräsentierenden Maschinen, um ein Grempl zu statuieren, um gefügige Arbeiter zu erhalten. Durch Reichsgesetz müßte solchen Manipulationen ein Niegel vorgeschoben werden.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Die Resolution findet einstimmige Annahme.

Es folgt Punkt 8 der Tagesordnung: Die deutsche Zoll- und Handelspolitik. Hierzu liegen die Resolutionen 102 und 103 vor.

Berichterstatter Schippel: Von den beiden hierzu vorliegenden Resolutionen steht in der von mir eingebrachten etwas, worüber wir Alle einig sein werden. Es steht darin, daß wir die Handelsvertrags-Politik weiter unterstützen wollen, weil wir sie für richtig halten. Es steht weiter darin, daß die Arbeiterklasse gegen jeden Lebensmittelzoll und gegen jeden agrarischen Zoll auftreten wird und daß, wenn neue Anläufe kommen, Zölle, auch solche industrieller Art, zu erhöhen, wir die Reichstagsfraktion verpflichten, diesen Zollerbhöhungen nicht zuzustimmen. Die zweite Resolution von Kautsky und Genossen schließt Alles ein, was in meiner steht, aber sie geht weiter und proklamirt den Grundsatz, daß wir, die Vertreter der Arbeiter, alle der Meinung sind, daß wir überhaupt keines Industriezollens in Deutschland mehr bedürfen. Am wichtigsten ist hier der Punkt drei, daß die deutsche Industrie weit genug entwickelt ist, um des Zollschutzes entzichten zu können. Dafür möchte ich die Partei nicht verpflichten. Wir wollen die Dinge an uns herankommen lassen, wir sind ja im Allgemeinen Alle Freihändler. Ich müßte wenigstens nicht, wer von uns heute für einen Schutz Zoll eintreten würde. Aber ich plaidire dafür, daß wir uns nach dieser Seite nicht festlegen, sondern freie Hand behalten.

Und nun gestatten Sie mir einige allgemeine Bemerkungen vorauszuschieben. Ich war noch bis in die letzten Tage hinein unschlüssig, ob ich mich in meinem Referat beschränken sollte auf einen Rückblick, was in den letzten Jahren in der Zollpolitik geschehen ist, und auf einen Ausblick in die Zukunft. Ich will aber doch lieber etwas weiter ausholen. Schon deshalb, weil in den letzten Tagen von angeesehenen Parteiblättern, wie der „Leipziger Volkszeitung“ und dem „Hamburger Echo“, eine Erklärung des Parteitagges für den Freihandel als eine „grundsätzliche“ Forderung hingestellt worden ist.

Da darf ich es wohl als allgemeine Anschauung bezeichnen, daß man meint, der Freihandel sei so eine Art internationaler Völkerverbrüderung. Während heute die Völker gegen einander kämpfen, würde der Freihandel ein Schritt sein zur Versöhnung der Völker. Ein Berliner Redner hat einmal diese Ansicht sehr drastisch zusammengefaßt, indem er gegen die Weltpolitik protestirte, die mit Kriegsschiffen auf die Meere hinausgeht, und sagte, die proletarische Weltpolitik: das ist der internationale Freihandel, die Handelsfreiheit. Diese Ansicht ist sehr alt. Als die Freihandelsagenten in alle Welt hinausgegangen sind, da haben sie genau dasselbe Evangelium gepredigt. Cobden hat seinerzeit an P. Schworth geschrieben: „Offenbar würde es gut sein, unsere Freihandelsagitation auf die Friedensbewegung aufzuführen.“ Sie sind schließlich eines und dasselbe. Ich habe mich oft gewundert, daß die Freunde die Sache des Freihandels nicht vertreten als den Weg, und zwar den einzigen Weg, zum allgemeinen ewigen Frieden.“ Und der deutsche Freihandelsmann Princee Smith, den sie Alle aus den Schriften Cassella's kennen, denkt sich in seiner

Rede über die weltpolitische Bedeutung des Freihandels so drastisch aus, daß ich mir erlauben will, die wichtigsten Stellen zu verlesen. Er sagt da:

„Die Freihandelsfrage ist eine Frage von weltpolitischer Bedeutung. Die durch die Handelsfreiheit zu bewirkende Befestigung friedlicher internationaler Beziehungen ist noch viel wichtiger als der unmittelbare wirtschaftliche Gewinn wohlfeilerer Versorgung mit Verbrauchsmitteln. Die weltpolitische viel mehr noch als die bloß wirtschaftliche Reform ist das große Ziel, nach welchem auch die prinzipiellen Freihandelsmänner streben und für welches sie den Gemeinfinn begeistern möchten. Die Größe dieses Zieles erhebt auch gegenüber der Schwierigkeit der Erreichung desselben ihren Muth. Auch nicht unabsehbar fern liegt seine Verwirklichung und dann die Erkenntniß desselben verbreitet sich täglich mit wachsender Stärke. . . . Arbeiten wir daran, eine allgemeine klare Anschauung zu verbreiten von der volkswirtschaftlichen Weltgemeinde, deren Einheit nicht durch Staatsgrenzen gestüßelt werden darf. Verbreiten wir die Anschauung, daß die in der wirtschaftlichen Produktion wetteifernden Nationen bei freiem friedlichem Verkehr nicht anders als sich gegenseitig förderlich sein können, daß im Wege des freien Handelsverkehrs das eine Volk niemals auf Kosten des andern bereichern kann, daß sogar der Gewinn relativ stets am reichlichsten ist für das wirtschaftlich schwächere, d. h. für das am wenigsten in der Industrie vorgeschrittene Volk! . . . Erheben wir also den Geist des Volkes auf die Höhe unseres volkswirtschaftlichen Prinzips. Die Welt steht sich von diesen Höhen viel schöner, reicher, friedlicher an.“

Ich meine, in ganz klassischer Klarheit und Einfachheit ist hier gesagt, was man von der Freihandelsbewegung erwartet. Wenden wir zurück, was daraus geworden ist! Zuerst schien es ja, als ob der Freihandel sich über alle Staaten verbreiten würde. Die Engländer hatten ihre Lebensmittel- und Rohstoffzölle, ihre Fabrikatzölle abgeschafft; da begann die Freihandelsbewegung auf dem europäischen Kontinent. Napoleon III. hat, ohne die Einwilligung der Kammern einzuholen, die er auch nicht bekommen hätte, einfach durch Dekret die Zölle herabgesetzt. Er hat durch Handelsverträge die Zölle herabgesetzt, weil dazu die parlamentarische Zustimmung nicht nöthig war. Dann hat Preußen den Trumpf des Freihandels ausgepielt gegen Oesterreich und durch den deutsch-französischen Handelsvertrag einen so niedrigen Vertragstarif geschaffen, daß entweder der Zollverein gesprengt wurde oder daß Oesterreich niemals in den Zollverein eintreten konnte. Es war ausgeschrieben, daß Oesterreich derartige Zollsätze annehme, und es war ausgeschrieben, daß man etwa Differentialtarife hätte schaffen können. Die anderen Zollvereinsstaaten haben sich nach schweren Kämpfen diesem Vertrag angeschlossen, und so hat der Freihandel damals auch eine wichtige politische Rolle gespielt. Diese Bewegung hat weiter und weiter um sich gegriffen, man hat überall in Mittel- und Westeuropa Handelsverträge geschlossen; zum Freihandel sind wir ja nie gekommen, aber allmählig sind die Zollsätze doch niedriger geworden.

Und als in den sechziger Jahren der Rückschlag kam, da waren es Länder wie Rußland, Nordamerika und die englischen Kolonien, die noch hohe Zölle hatten. Ich erwähne das, weil man sehr oft sagt, ja wer war es denn, der die Schutzzölle gebracht hat? Bismarck! Gätten wir den nicht gehabt, wenn ein anderer Mann an seiner Stelle gewesen wäre, so hätten wir den Schutz Zoll nicht gehabt. Parteigenossen! Einmal darf man nicht einen Mann, der doch auch nur ein Mensch war, derartig ins Uebermenschliche verzerren. Das kann kein Mensch, das ist nicht sozialdemokratisch, so etwas glauben zu wollen. Die Schutzzölle waren längst da; in Amerika und auch bei uns in Europa waren Zolltarife schon geschaffen oder auf dem Wege, geschaffen zu werden. Wir haben den Schutz Zoll nicht importirt, wir haben ihn auch nicht am weitesten